

gen Bergbauunternehmen über welche Formen und in welchen politischen Bereichen bereitstellen sowie welche Ein- und Ausschlüsse hinsichtlich des Nutzer:innenkreises damit einhergehen. Eine solche Analyseperspektive gibt Aufschluss darüber, welche unternehmerischen Strategien und Zielsetzungen Bergbauunternehmen mit ihren Programmen zur Förderung lokaler Entwicklung, die sie in den Abbauregionen implementieren, verfolgen und wie sie darüber auf die inhaltliche Themensetzung und Funktionen lokaler Politik Einfluss nehmen. Der Prozess zur Herstellung von Gütern und Leistungen gibt nicht nur Einblick in politische Interessenaushandlungen der Unternehmen mit weiteren Akteur:innen, sondern lässt Rückschlüsse darüber zu, welche demokratie- und entwicklungspolitischen Auswirkungen ihre Einflussnahme auf lokale Politik in den Abbauregionen hat.

3.3 Methodisch-analytische Schlussfolgerungen

In diesem Abschnitt führe ich die bisher erarbeiteten Kategorien und Theorieansätze zusammen. Für die Analyse meiner empirischen Fallstudie erarbeite ich Indikatoren, mit denen ich untersuchen kann, inwiefern Bergbauunternehmen in Abbauregionen in Argentinien Einfluss auf Entscheidungsprozesse und Inhalte lokaler Politik nehmen, welche Strategien sie verfolgen sowie welche demokratie- und entwicklungspolitischen Auswirkungen von ihrem Handeln ausgehen.

Ein Indikator für die theoretische Kategorie *place* ist die Infrastruktur, die die Bergbauunternehmen errichten, um die Zirkulation von Waren, Personen und Dienstleistungen für den Minenbetrieb zu gewährleisten. Die Geographie und geologische Beschaffenheit der Rohstofflagerstätten, die im Falle von Gold häufig in abgelegenen und schwer zugänglichen Gebieten liegen, bedingen, welche Gebäude, Anlagen und weitere Infrastruktur wie Straßen und Wohngebäude die Bergbauunternehmen zur Versorgung der Mine benötigen. Die physische Materialität von Gold hat ebenso Einfluss darauf, wie die Bergbauunternehmen die Arbeitsprozesse organisieren, ob sie beispielsweise die Minenarbeitenden für den Schichtbetrieb zur Mine transportieren, oder ob sie in den angrenzenden Gemeinden unternehmenseigene Wohnhäuser errichten (Cheshire 2010; Clemenceau 2019b). Ein zweiter Indikator sind die Zuschreibungen von Gemeinden und Ortschaften der Abbauregion durch die Bergbauunternehmen als solche, die möglicherweise negativ durch die Bergbauaktivitäten betroffen sein könnten. Solche Zuschreibungen nehmen

die Bergbauunternehmen entlang von möglichen sozialökologischen Auswirkungen der Bergbauaktivitäten, der geographischen Lage oder der Qualität öffentlicher Dienstleistungen vor. Dazu zählen Folgen wie die Verunreinigung von Wasser und Böden durch Chemikalien, die Verschmutzung der Luft durch die Zirkulation von Minenfahrzeugen, die Nähe zu Handels- und Transportknotenpunkten, die Verfügbarkeit von öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser) oder die Qualität öffentlicher Grundversorgung (Gas, Wasser, Elektrizität). In der Literatur über die Auswirkungen von industriellen Bergbauvorhaben erfolgen diese Zuschreibungen über die Einteilung der Abbauregion in Produktions- und Einflusszonen (Godfrid 2017b; Mastrangelo 2004; Silveira 2007). Bergbauunternehmen bestimmen mit der Einflusszone jene konkreten Orte, an denen sie Maßnahmen zur Kompensation möglicher sozialökologischer Auswirkungen und Programme zur Förderung lokaler Entwicklung ausarbeiten.

Um eine politisch-institutionelle Einflussnahme der Bergbauunternehmen zu unterscheiden, unterscheide ich die Kategorien »formal verfasste« und »informelle Institutionen der Partizipation«, »Interessengruppen« und »eingeladene Räume der Partizipation«. Ein Indikator für formal verfasste Institutionen der Partizipation sind beispielsweise der:die Bürgermeister:in oder Vertreter:innen des Gemeinderats als jene Akteure, die über einen verfassungsrechtlichen Status innerhalb des politischen Systems verfügen, also an lokalen Entscheidungsprozessen der Gemeinde teilnehmen. Die Unterzeichnung von Verträgen und Abkommen stellt einen weiteren Indikator dar. Informelle Institutionen der Partizipation lassen sich daran erkennen, dass Akteure nicht verfassungsrechtlich im politischen System verankert sind, hingegen aber in sozialen Praktiken von Relevanz oder in kulturellen Mustern der Gemeinden der Abbauregionen eingeschrieben sind. Beispiele hierfür sind Nachbarschaftsvereinigungen, Landwirtschaftskooperativen oder Vereinigungen von Großgrundbesitzern. Ein weiterer Indikator sind asymmetrische Austauschbeziehungen jenseits verregelter Politikarenen zwischen Akteuren wie Klient-Patron-Beziehungen oder informelle Absprachen.

Als Interessengruppen (Stakeholder) fassen Bergbauunternehmen Personen und Gruppen in den Abbauregionen, die die Bergbauaktivitäten positiv oder negativ beeinflussen können beziehungsweise für den Erhalt sozialer Akzeptanz von Relevanz sind. Ein Indikator für Interessengruppen sind jene Akteure, denen die Bergbauunternehmen eine wichtige gesellschaftspolitische Bedeutung in der Abbauregion zuschreiben und die sie somit zur Teilnahme

an CSR-Gremien, *Community Panels* oder Grundlagenstudien einladen. Dazu gehören Vertreter:innen formal verfasster Institutionen der Partizipation wie der:die Bürgermeister:in oder des Gemeinderates, aber auch Vertreter:innen weiterer Einrichtungen wie Lehrkräfte, Landwirte, Kooperativen, Handelskammern oder Nachbarschaftsvereinigungen. Interessengruppen lassen sich auch daran erkennen, dass sie an den Programmen zur Förderung lokaler Entwicklung teilnehmen, das heißt Güter und Leistungen empfangen, die die Bergbauunternehmen in der Abbauregion bereitstellen. Beispiele hierfür sind Kleinproduzent:innen, Landwirtschaftskooperativen, Schulen oder Empfänger:innen von Mikrokrediten.

Ein Indikator für »eingeladene Räume der Partizipation« sind intermediäre Verhandlungs- und Partizipationsräume durch die Bergbauunternehmen in den Abbauregionen, in die sie Vertreter:innen formal verfasster und informeller Institutionen der Partizipation einladen. Beispiele für diesen Indikator sind die Gründung von lokalen NGOs oder Stiftungen, über die die Bergbauunternehmen die Programme zur Förderung lokaler Entwicklung mit Vertreter:innen der Gemeinden abstimmen und implementieren. Weitere Beispiele sind die Unterzeichnung von multilateralen Abkommen, an denen sich die Implementierung der Programme manifestiert, sowie *Community Panels* und Grundlagenstudien, die die Bergbauunternehmen zur Erhebung von zukünftigen Investitionsbedarfen oder zur Konsultation der Gemeinden einsetzen. Die Zugangsbedingungen, die die Bergbauunternehmen festlegen und die regeln, wer an diesen Räumen der Partizipation teilnehmen darf, lassen sich daran festmachen, welche Akteure sie zur Teilnahme auswählen und welche Institutionen und Einrichtungen diese wiederum in den Gemeinden repräsentieren. Davon hängt letztendlich auch die Legitimität intermediärer Partizipationsräume in den Abbauregionen ab.

Unter Rückgriff auf die Kategorien »materielle« und »immaterielle Güter und Leistungen« untersuche ich eine inhaltliche Einflussnahme der Bergbauunternehmen auf lokale Politikprozesse. Ein Indikator für *materielle Güter und Leistungen* sind finanzielle Ressourcen, die die Bergbauunternehmen im Rahmen ihrer Programme zur Förderung lokaler Entwicklung in den Abbauregionen bereitstellen. Beispielsweise können dies Gerätschaften und Werkzeuge für landwirtschaftliche Kooperativen sein, die Vergabe von Mikrokrediten zur Stärkung von Klein- und Kleinstunternehmen oder die Finanzierung von Stipendien im Bildungssektor. Die Finanzierung (öffentlicher) Infrastruktur ist ein weiterer Indikator für materielle Güter und Leistungen. Dazu zählen etwa die infrastrukturelle Ausstattung von Schulen, der Kauf von Baumaterialien

oder die Instandsetzung von Straßen. *Immaterielle Güter und Leistungen*, die die Bergbauunternehmen in den Abbauregionen bereitstellen, gehen nicht notwendigerweise mit Geldzahlungen der Unternehmen einher, sondern stellen im weiteren Sinne Dienstleistungen dar. Sie lassen sich zum Beispiel an Beratungsleistungen der Unternehmen erkennen, wie im Landwirtschaftsbereich oder zur Einrichtung von Schwerpunktfächern in Bildungseinrichtungen. Weitere Beispiele sind Umweltbildungs- oder Weiterbildungsprogramme der Unternehmen sowie Praktikumsprogramme, die die Bergbauunternehmen für Schüler:innen und Studierende in den Abbauregionen der Minen anbieten.

Die analytischen Kategorien des sichtbaren und versteckten Einflusses liegen quer zu den drei analytischen Dimensionen der Einflussnahme. In jeder der drei Dimensionen kann sich der Einfluss auf lokale Politik durch die Bergbauunternehmen auf sichtbare oder versteckte Weise manifestieren. *Sichtbare Formen des Einflusses* lassen sich daran erkennen, dass Bergbauunternehmen eine sozialräumliche Restrukturierung der Abbauregion vornehmen, indem sie beispielsweise zwischen einer Produktions- und einer Einflusszone der Mine unterscheiden und minenrelevante Infrastruktur bauen. Sichtbare Formen des Einflusses zeigen sich auch an der Umsetzung von Empfehlungen, die die Unternehmen gegenüber lokalen Einrichtungen aussprechen (zum Beispiel die Einrichtung eines neuen Unterrichtsfaches). Ein weiterer Indikator ist die Unterzeichnung von multilateralen Abkommen, mit denen sich Unternehmen mit weiteren Akteuren auf die Einrichtung von Programmen zur Förderung lokaler Entwicklung verständigen. Auch die Bereitstellung von materiellen Gütern und Leistungen (zum Beispiel der Kauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur) sind Indikatoren für eine sichtbare Einflussnahme von Bergbauunternehmen.

Ein *versteckter Einfluss* lässt sich daran erkennen, wie die Bergbauunternehmen Landnutzungsrechte so verändern, dass sie bisherige Nutzer:innen vom Zugang ausschließen sowie die Festlegung der Einflusszone mit politisch-administrativen Wirkungen für die Abbauregion einhergeht. Ein zweiter Indikator ist die Definition von Zugangsbedingungen zu Räumen der Partizipation, mit denen Bergbauunternehmen darauf einwirken können, welche Akteure an Entscheidungsprozessen über die Implementierung von Programmen zur Förderung lokaler Entwicklung teilnehmen und wer ausgeschlossen wird. Dies lässt Aussagen darüber zu, welche Interessen und Themen die Bergbauunternehmen von ihrer politischen Agenda ausschließen

(z.B. Fokussierung von Programmen zur Förderung lokaler Entwicklung auf einige wenige Sektoren). Indikator für eine versteckte Einflussnahme sind schließlich alle Aktivitäten und Programme der Bergbauunternehmen, mit denen sie zur Schaffung sozialer Akzeptanz für ihre Bergbauaktivitäten beitragen, deren Zielsetzung jedoch nicht auf den ersten Blick deutlich wird. Ein Beispiel hierfür sind die Bereitstellung immaterieller Güter und Leistungen im Bildungsbereich wie Umweltprogramme, die inhaltliche Ausrichtung von Schwerpunktfächern oder Praktikumsangebote. Über solche Aktivitäten können die Bergbauunternehmen Informationen über ihre Bergbauaktivitäten selektiv weitergeben, indem sie zum Beispiel negative Auswirkungen der Goldgewinnung als technisch lösbares Problem darstellen und auf Meinungsbildung Einfluss nehmen können.

Durch diesen theoretisch-analytischen Rahmen kann ich in der empirischen Fallstudie meiner Arbeit herausarbeiten, inwiefern Bergbauunternehmen Einfluss auf Entscheidungsprozesse und Inhalte lokaler Politik nehmen. Mithilfe der dargelegten Dimensionen der Einflussnahme lassen sich verschiedene Strategien der Bergbauunternehmen, die darauf ausgerichtet sind, soziale Akzeptanz zu schaffen, erkennen und analysieren. Diese manifestieren sich über sozialräumliche Restrukturierungsprozesse, die Gründung von lokalen Beteiligungsräumen in den Abbauregionen und die Bereitstellung von (im)materiellen Gütern und Leistungen. Durch die Unterscheidung zwischen den Kategorien des sichtbaren und versteckten Einflusses kann ich einerseits materielle und offensichtliche Transformationen erfassen und gleichzeitig andererseits tiefergreifende und scheinbar unsichtbare Auswirkungen auf lokale Demokratie und Entwicklung in den Abbauregionen beleuchten.